

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/34

Bonn, den 16. Februar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Zwischenbilanz</u> Das europäische Einigungswerk stagniert nicht Von Günter Markscheffel, z. Zt. Paris	75
2	<u>Leber-Plan darf nicht in die Schublade</u> Prüfstein der Großen Koalition Von Ernst Haar, MdB	30
3 - 4	<u>Grünes Licht für Schulreform in Nordrhein-Westfalen</u> Schulgesetzliche Änderungen jetzt im Eiltempo Von Dr. Gerhard Wathe	65
5 - 6	<u>Griechenland heute</u> Lüge, Terror und Ohnmacht Von Dr. Basil Mathiopoulos	83

### Zwischenbilanz

---

Das europäische Einigungswerk stagniert nicht

Von Günter Markscheffel, 2. Et. Paris

Einen ausführlichen Bericht über den Verlauf und Ergebnis des deutsch-französischen Ministertreffens veröffentlichen wir in einer Sonderausgabe morgen Samstag, den 17. Februar 1968.

Die Redaktion

Es war gut, daß Bundeskanzler Kiesinger, Bundesaußenminister Brandt und ihre Kabinettskollegen von der ersten Minute ihres Aufenthaltes in Paris an bei den gewiß nicht leichten Konsultationsgesprächen von der Voraussetzung ausgegangen sind, daß - trotz eines gewissen Unbehagens - die Einigung Europas, die Festigung und die weitere Entwicklung der bestehenden Gemeinschaften sowie die Erweiterung der EWG ohne ein gutes deutsch-französisches Verhältnis nicht möglich sind. Diese Wahrheit gab den Verhandlungen Fundament und Relief.

Die französischen Partner - an der Spitze Staatspräsident de Gaulle selbst - ließen schon beim ersten Meinungsaustausch, der von einigen Konferenzbeobachtern auch als "Schlagaustausch" bezeichnet wurde, erkennen, daß auch sie den Beitritt Englands, Irlands, Norwegens und Dänemarks zur EWG wünschen, aber noch intensiver und im Rahmen der Sechs untersuchen wollen, unter welchen Bedingungen der Beitritt ohne Schaden für das Ganze erfolgen kann.

De Gaulle hat in jüngster Vergangenheit oft von "Arrangements" gesprochen, die getroffen werden müßten. Jetzt zeichnet sich hierfür eine Linie ab, die etwa wie folgt verläuft:

Wenn am 29. Februar dieses Jahres die Außenminister der sechs EWG-Staaten in Brüssel zusammentreffen, ist bereits Einverständnis darüber erzielt, daß jedes "Arrangement" kein Hindernis sein darf, sondern ein Zwischenstadium auf dem Wege zur Erweiterung der Gemeinschaften werden soll. Dieses Zwischenstadium darf keine Diskriminierung sein; es soll Erleichterungen für die beitrittswilligen Staaten schaffen, bevor der endgültige Beitritt mit vollen Rechten und Pflichten erfolgt.

Der deutschen Seite fällt hierbei eine besondere Rolle zu, eine Aufgabe, zu der sie sich nicht gedrängt hat. Im Einverständnis mit der französischen Regierung und mit Zustimmung der übrigen EWG-Partner wird die Bundesregierung eine Reihe von Skizzen für die weitere Prozedur des Aufnahmeverfahrens entwerfen und hierbei auch

die bereits von den Benelux-Ländern im Januar dieses Jahres entworfene Pläne verwerten. Es versteht sich von selbst, - und auch hiermit ist die französische Regierung einverstanden - daß die beitragswilligen Staaten in den kommenden Tagen und Wochen über die entsprechenden Vorschläge unterrichtet werden.

Skeptiker meinen, die Bundesregierung habe hiermit eine undankbare Aufgabe übernommen, denn falls diese Prozedur - aus welchen Gründen auch immer - nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen sollte, könnte es sein, daß Bonn in eine wenig beneidenswerte Situation gerät.

Dieser Befürchtung wird auf deutscher Seite mit folgenden Argumenten begegnet:

1. Die Bundesrepublik handelt mit Einverständnis aller Beteiligten.
2. Die Befürchtung, Frankreich wolle durch Verzögerungstaktik die Erweiterung der EWG verhindern, ist ausgeräumt, denn de Gaulle selbst hat seinen deutschen Gesprächspartnern versichert, er wünsche den Beitritt Englands und der übrigen Staaten zur EWG.
3. Die Bundesrepublik leistet einen aktiven Beitrag zur Überwindung der in den letzten Monaten ins Stocken geratenen Verhandlungen über die Erweiterung der EWG.

Gewiß sind auch jetzt noch gewisse Risiken zu beachten. Aber welche in die Zukunft weisende Politik enthält keine Risiken?

Auch dem französischen Staatspräsidenten, dessen politischer Weg mit nicht wenigen Risiken geflästert ist, dürfte bewußt sein, daß Europa nicht stagnieren darf, wenn es die ihm angemessene Rolle in der internationalen Politik übernehmen soll. Er selbst hat es in der ihm eigenen Art am Donnerstag in seiner Tischrede den deutschen Gästen gesagt.

Wenn über diese bereits feststehende "Prozedur" hinaus noch bilaterale Vereinbarungen zwischen Bonn und Paris getroffen werden, so darf man dies als einen "zusätzlichen Kitt für Europa" bezeichnen.

Brandts im völligen Einvernehmen mit Kiesinger seit Monaten verfolgte Politik der sicht- und spürbaren deutschen Präsenz am europäischen Tisch dürfte somit in diesen Tagen in Paris ihre erste Bewährungsprobe bestanden haben.

Leber-Plan darf nicht in die Schublade

Prüfstein der Großen Koalition

Von Ernst Haar, MdB

Die erste Lesung des Programms der Bundesregierung zur Neuordnung im Verkehr ist vorüber. Verkehrsminister Georg Leber ist mit Mut und was noch wichtiger ist, mit guten Argumenten gegen die Propaganda einiger Wirtschaftszweige ins Feld gezogen. Die Auffassung beginnt sich durchzusetzen, daß es auf die Dauer volkswirtschaftlich sinnvoller ist, Fern- und Schwergüter mit der Bahn als auf überlasteten Straßen zu transportieren, wobei die Schiene keineswegs teurer sein muß.

Als mutiges Reformwerk wird der Leber-Plan zu einem Prüfstein der Großen Koalition. Natürlich gibt es Kräfte, in den früheren Regierungsparteien, die die Zeichen der Zeit immer noch nicht verstanden haben. Jedoch bleibt die Tatsache, daß sich diese neue Weichenstellung vor zehn Jahren mit sehr viel weniger schmerzvollen Eingriffen hätte realisieren lassen. Jeder Tag, der längst überfälligen Verkehrs-Neuordnung bringt für die Bundesbahn und damit für den Steuerzahler 10 Millionen DM Verlust. Das kann auf die Dauer unsere Volkswirtschaft nicht verkraften. Die traurige Geschichte der Bergbaukrise an der Ruhr und im Saarland sollte abschreckend wirken.

Die notwendige Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit bei der Bundesbahn und die Entlastung des Straßennetzes sind unbestritten. Mit halben Maßnahmen ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Dabei sind Eingriffe des Staates nicht zu vermeiden. Müller-Hermann will die "weiche Welle". Wer die Probleme lösen will, muß aber wissen, daß man unseren Verkehrschaos ohne tiefen Schnitt nicht zuleibe rücken kann. Es gibt Leute, die den Erfolg einer recht populären Reform nicht Georg Leber allein und der SPD überlassen wollen. Parteitaktik aber wäre verwerflich.

Dieses durchdachte Konzept, brillant vertreten und begründet, darf nicht in den Schubladen der Regierung verschwinden. Der Plan sollte vor der Sommerpause behandelt werden. Die Zeit, abgewogene und sachbezogene Entscheidungen zu fällen, ist reif.

## Grünes Licht für Schulreform in Nordrhein-Westfalen

Von Dr. Gerhard Wuthe

Die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen ist in stürmische Bewegung geraten. Wenn der vorgesehene Fahrplan eingehalten werden kann, und alles spricht dafür, dann werden bereits zum 1. März die neuen schulrechtlichen Regelungen in Kraft treten. Zu Beginn des neuen Schuljahres am 1.8. 1968 können die erforderlichen Vorbereitungen zur Einrichtung von Hauptschulen abgeschlossen sein.

Verabschiedung der Gesetzesvorlagen so schnell wie möglich. In diesem Ergebnis herrscht Übereinstimmung, wenn auch die Motive der Partner des Schulkompromisses dabei unterschiedlich sind. Die Koalitionspartner SPD und FDP haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie eine zügige Behandlung der schulgesetzlicher Regelungen anstreben, weil sie die praktische Inangriffnahme der Schulreform vorantreiben wollen. Aber auch die CDU ist an einem beschleunigten Verfahren interessiert, primär um den Verfechtern der konfessionellen Hauptschule die Chance zu bieten, noch zum Schuljahresbeginn 1968/69 solche Schulen beantragen zu können.

Die Optimisten, die trotz allen Störfeuers in den letzten Wochen, massive Kritik der katholischen Bischöfe und Unterschriftenaktion der katholischen Elternschaft Deutschlands (KED) gegen die vorgesehenen schulgesetzlichen Bestimmungen sowie Vorstöße auch aus den Reihen der CDU selbst für die sogenannte "öffentliche Schule in freier Trägerschaft", unbeirrt am vereinbarten Schulkompromiß festgehalten haben, haben letztlich Recht behalten. Der Wille zur Verständigung in allen drei Fraktionen hat sich trotz mancher Schwierigkeiten durchgesetzt. Er wird gewiß auch in der Öffentlichkeit honoriert werden. Eine deutliche Manifestation ist die jüngste gemeinsame Erklärung der evangelischen Landeskirchen und der katholischen Bischöfe in NRW zur Schulfrage, die die Schulvereinbarung im wesentlichen billigt. Es zeugt jedoch auch von dem großzügigen und verständnisvollen Denken der verantwortlichen Kulturpolitiker, daß sie sich bis in die letzten entscheidenden Beratungen hinein bemüht haben, den Anliegen christlicher Glaubenshaltung Rechnung zutragen. Dies gilt vornehmlich für die Aufnahme eines Passus in den Art. 12 Absatz 6 der Landesverfassung, der die Gemeinschaftsschule in Anlehnung an die Erklärung der Kirchen durch ihre "Offenheit für die christlichen Bekenntnisse und für andere religiöse und weltanschauliche Überzeugungen" charakterisiert.

Die beiden letzten noch strittigen Punkte in der Präzisierung des Schulkompromisses konnten durch gegenseitiges Entgegenkommen geklärt werden. Der CDU wurde zugestanden, daß im Anschluß an die Errichtung der simultanen Hauptschule von Amts wegen das Auftragsverfahren für die konfessionelle Hauptschule so rechtzeitig beginnen kann, daß ihre Einrichtung noch für das im August beginnende Schuljahr 1968/69 möglich ist. Andererseits wurde dem Anliegen der SPD und FDP entsprochen, daß nicht nur die bei Inkrafttreten des Gesetzes bestehenden, sondern auch die noch zu errichtenden konfessionellen Hauptschulen auf Begehren eines Drittels der Eltern künftig in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden können, allerdings erst vom 1. August 1972 an. Damit sind die rein schulpolitischen Fragen geklärt.

Schulpolitik kostet jedoch Geld. Auch die finanzielle Seite muß geregelt werden. Hier geht es zunächst um die durch die Zusammenlegung zu größeren, leistungsfähigeren Schulsystemen erforderlich werdenden Schülertransportkosten. Es wird im Endeffekt mit etwa 360 000 Fahr-  
schülern zu rechnen sein. Die Kosten wird das Land zu 80 v.H. übernehmen, den Rest hat der Schulträger aufzubringen.

Weitere Investitions- und Personalkosten werden durch die bessere Ausstattung der Hauptschule als Schule weiterführender Bildung erforderlich. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß durch die bessere, zweckmäßigere Schulorganisation, bessere Nutzung der Räume und ausgeglichene Klassenstärken sich auch fühlbare Einsparungen ergeben werden.

Gewiss wird die Verwirklichung der schulpolitischen Zielsetzungen in den nächsten Jahren noch manche organisatorischen und finanziellen Probleme bringen. Der entscheidende Schritt ist jedoch erst einmal getan. Niemand kann ihn mehr aufhalten. Der Weg zum Beginn einer umfassenden Schulreform ist frei.

+ + +

Griechenland heute...

Lüge, Terror und Ohnmacht

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Die Militärregierung in Griechenland "bearbeitet" zur Zeit den Entwurf einer Verfassung, den ein Komitee von alten Juristen sechs Monate lang ausgearbeitet hatte. Dieses Komitee wurde von den Obersten ernannt. Der Entwurf ist bis heute nicht veröffentlicht, und damit hat das griechische Volk keine Kenntnis seiner Bestimmungen.

Nach wie vor herrscht in Griechenland vollständige Presse-, Rundfunk- und Fernsehzensur. Die weitere Behandlung des Verfassungsentwurfs durch die Militärjunta wird zeigen, was schließlich von diesem Papier übrig bleiben wird. Es fragt sich, wer die Militärs beauftragt hat, für das griechische Volk ein Grundgesetz fertigzustellen, und mit welchen Kriterien diese nicht gewählten "Volksvertreter" bei der Herstellung ihres Werkes arbeiten. Die Obristen haben angekündigt, daß sie bis zum 15. September dieses Jahres einen Volksentscheid über Annahme oder Ablehnung ihrer Verfassung durchführen wollen. Von nun an gibt es keinen Zweifel mehr daran, daß eine "große Mehrheit" diese Verfassung annehmen wird, ebenso wie es keinen Zweifel gibt, daß die "Revision der Verfassung" Ost-Berlins akzeptiert wird.

Streitkräfte desorganisiert

Nach dem Militärputsch vom 21. April 1967 sind die griechischen Streitkräfte desorganisiert und ausschließlich mit der Konsolidierung der Junta beschäftigt. 2.000 Offiziere des Heeres sind entlassen worden. Nach dem mißglückten Gegenschlag des Königs vom 13. Dezember 1967 ist eine neue Welle von Entlassungen und Säuberungen im Gange. Bisher sind weitere 100 Offiziere entlassen worden, dazu Brigadegeneral Charwalakis, der bis Ende Dezember Militärattachee bei der griechischen Botschaft in Bonn war. Die Marine, die königstreu war, wurde nach dem 13. Dezember 1967 "stillgelegt". Die Schiffe liegen an der Küste und stehen unter der Bewachung des Heeres, weil ihre Besatzungen nicht mehr das Vertrauen der Junta besitzen. Von den 10 Admiralen, die im Dienst waren, sind 9 vor Weihnachten entlassen worden. Sollte für die NATO ein Einsatzfall entstehen, ist es sehr fraglich, ob sie mit dem griechischen Partner im Mittelmeer rechnen kann, in einem Augenblick, wo die sowjetische Flotte spürbar präsent geworden ist.

Der Generalstabschef der Luftwaffe, General Andonakos, ist zusammen mit hohen Offizieren ebenfalls entlassen worden.

### Schon Nachfolger?

Die Hauptakteure des Militärputsches vom 21. April 1967 waren die Obersten Georg Papadopoulos, der sich nach dem mißglückten Gegenschlag des Königs selbst zum Ministerpräsidenten machte, Nikolaos Makarezos, Minister für wirtschaftliche Koordination, und Brigadegeneral Stylianos Pattakos, stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister. Aber diese drei Männer kontrollieren die Streitkräfte nicht allein. - Es besteht ein 39-köpfiges sogenanntes Revolutionskomitee aus Obersten und Majoren unter der Führung des Obersten Ladas, Staatssekretär im Sicherheitsministerium. Ladas hat sich eine starke Position gesichert und ist bestrebt, die Macht von Papadopoulos an sich zu reißen. Damit ist er heute Rivale des jetzigen Regierungschefs.

### Unbeschreibliche Barbarei

Als Papadopoulos die Gefahr einer Auseinandersetzung innerhalb der Junta erkannte, ließ er die Legende verbreiten, diejenigen, die die Macht an sich bringen wollten, hätten die Absicht, einen härteren Kurs einzuführen und den König wieder auf den Thron zu setzen. Er - Papadopoulos - wünsche einen gemäßigten Kurs.

In Wirklichkeit könnte die Diktatur des Papadopoulos kaum härter sein. Seit 10 Monaten herrscht Belagerungszustand in Griechenland. Das bedeutet, daß jeder Bürger Tag und Nacht ohne Haftbefehl verhaftet werden kann, daß er keinen Anspruch auf Rechtsbeistand hat. 2.777 Bürger, davon 240 Frauen, befinden sich auf der Inseln Jaros - dorthin deportierten vor 2.000 Jahren die Römer zum Tode Verurteilte - und Leros. Die Folterungen und Mißhandlungen, denen die Inhaftierten ausgesetzt sind, sind eine unbeschreibliche Barbarei. Diese Greuelthaten sind ausführlich geschildert in dem Bericht eines Komitees der Organisation "Amnesty International", deren Mitglieder in Rahmen des Europarates Griechenland besucht haben und ihren Bericht "Situation in Greece" am 27. Januar 1968 an die Delegationen des Europarates verteilt haben.

### Das Märchen vom "kommunistischen Aufstand"

Die Obersten, die die Militärdiktatur errichteten, hatten zu ihrer Rechtfertigung erklärt, das Land vor einem bevorstehenden kommunistischen Putsch gerettet zu haben. Am 25. April 1967 hatten sie angekündigt, daß das Material, das diesen Putsch beweisen sollte, 70 Lastwagen füllen würde. Sie wollten der Weltöffentlichkeit diese Beweise vorlegen. Nachdem sie nunmehr 10 Monate Zeit hatte, dieses zu tun, bleibt nur die Peststellung, daß sie es bis heute nicht getan haben.

Die Obristen hatten die Reformen auf dem Gebiet des Bildungswesens der Regierung der Zentrumsunion unter Georg Papandreu auf diesem Sektor annulliert und eine völlig unzeitgemäße Erziehungspolitik eingeführt. Das Niveau der Regierung ist ein borniertes und eben diesen Geist wollen die Militärs durch ihre "Kulturpolitik" in Griechenland einführen. Viele klassische Werke von Griechen des Altertums sind zensiert weil sie für Freiheit und Demokratie plädieren.

### Währung im Rutschen

Anfang des Jahres sind die Präsidenten der Nationalbank von Griechenland und der Bank für industrielle Entwicklung zurückgetreten, weil sie mit der Wirtschaftspolitik der Junta nicht einverstanden waren. Die Bayrische Hypothekenbank erklärte kürzlich in einem Interview im Bayrischen Rundfunk, daß man nun die Drachme zu einem Kurs von 1 (DM):9 statt wie bisher 1 : 7,5 wechselt!